«Es ist völlig unbestritten, dass man Französisch lernen muss»

Mit der Absage ans Frühfranzösisch hat die FPD kürzlich für Wirbel gesorgt. Präsident Thierry Burkart beteuert: Ziel sei es, dass die Sprache letztlich besser gelernt werde.

Interview: Tobias Graden

Thierry Burkart: «Mittlerweile habe ich mich mit der französischen Sprache versöhnt.» Bild: Keystone/a

«Mir ist Machtpolitik weniger wichtig. Lieber habe ich klare Positionen.»

Thierry Burkart, Sie waren kürzlich bei der Ortspartei in Biel. Wie würden Sie die Stadt beschreiben?
Thierry Burkart: Für ein fundiertes Urteil kenne ich Biel zu wenig. Doch ich finde es eine sehr interessante und lebendige Stadt. Sie ist ein Symbol für die Zweisprachigkeit und eine Uhrenstadt. Doch Biel steht vor grossen Herausforderungen, auch finanzpolitisch.

Stichwort Zweisprachigkeit: Welche Erinnerung haben Sie an den Französischunterricht in der Schule?
Ich habe mich schwergetan. Ich fand es zwar immer eine sehr schöne Sprache, in der Schule war es aber mein Fach mit den schlechtesten Noten. Mittlerweile habe ich mich versöhnt und mein Französisch stark verbessert – ich habe oft Gelegenheit, es anzuwenden. Und: Die Romandie bildet eine reiche kulturelle Basis der Schweiz.

Die FDP fordert in ihrem Positionspapier zur Bildung, den Französischunterricht später zu starten. Warum?
Wohlverstanden: Das ist keine Absage an den Französischunterricht! Es ist für uns völlig unbestritten, dass man die Sprache lernen muss. Die Frage ist aber, wie und wann. Es zeigt sich, dass man am Schluss der Schulkarriere die Sprache nicht besser beherrscht, wenn man sie schon früh zu lernen begonnen hat. Wir sind der Auffassung, dass zuerst die Grundkompetenzen gelehrt werden müssen, in der Deutschschweiz also die deutsche Sprache, Rechnen und Schreiben. Wer noch kaum die Erstsprache beherrscht, kann doch nicht schon eine weitere Fremdsprache lernen.

Gerade in einer zweisprachigen Stadt wie Biel macht es aber Sinn, die zweite Landessprache – sei's deutsch oder französisch – so früh wie möglich zu lernen.
Ich bin Anhänger des Föderalismus. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass lokal auch andere Entscheide möglich sein sollen. Biel hat als zweisprachige Stadt eine andere Ausgangslage als die meisten anderen Orte im Land.

Je weiter man von der Sprachgrenze weg ist, desto schlechter sind im Allgemeinen die Kenntnisse der zweiten grossen Landessprache und damit auch die Kenntnisse über diesen Landesteil. Setzt die FDP mit ihren Forderungen zur Bildung nicht den Zusammenhalt des Landes aufs Spiel?
Nein, denn das Ziel ist, dass die Sprachkompetenz am Ende der Schulkarriere besser ist als heute. Aber ich teile Ihre Beobachtung: Der Austausch der Bevölkerung mit den anderen Landesgegenden hat abgenommen, früher hatte man eher im Militär noch solche Kontakte oder hat ein Welschlandjahr absolviert. Heute laufen wir Gefahr, dass in Schweizer Unternehmen lieber Englisch gesprochen wird. Das ist bedauerlich. Wir müssen daran arbeiten, dass das Verständnis über die Sprachgrenzen erhalten bleibt.

Viel Aufregung gibt es dieser Tage um die Erbschaftssteuer-Initiative der Juso, die vererbte Vermögen ab 50 Millionen Franken zur Hälfte besteuern will. Was ist daran schlecht?
Es soll Vermögen versteuert werden, das schon x-mal versteuert wurde, nämlich jedes Jahr durch die Vermögenssteuer. Das ist in anderen Ländern, die eine Erbschaftssteuer kennen, nicht der Fall. Der Steuersatz von 50 Prozent ist so hoch, dass Unternehmer gezwungen werden, ihre Unternehmen zu verkaufen, womöglich an ausländische Investoren. Diese Initiative trifft nicht zuletzt KMU und Familienunternehmen, eine Firma kann bald einmal einen Verkehrswert von 50 Millionen Franken erreichen. Die Initiative vertreibt also Unternehmen, aber auch viele Vermögende aus der Schweiz. Dabei sind es gerade sie, die einen hohen Steuerertrag leisten. Letztlich wird der Mittelstand diese Ausfälle tragen müssen, denn die Aufgaben der öffentlichen Hand bleiben ja dieselben.

Eine Annahme ist aber nicht sehr realistisch.
Manche Vermögende planen jetzt schon ihren Wegzug. Die Initiative hat also eine Vorwirkung, das ist das Teuflische an ihr. Es ist ein dreister Missbrauch des Initiativrechts.

Wäre eine Erbschaftssteuer in einer vernünftigen Höhe denn auch aus Ihrer Sicht sinnvoll?
Es ist denkbar, wenn wir wie andere Länder dafür auf die Vermögenssteuer verzichten. Doch man darf nicht vergessen: Die Vermögenssteuer ist eine kantonale Steuer, die Erbschaftssteuer dagegen eine Bundessteuer. Da würden also die Kantone auch noch ein Wörtchen mitreden.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist derzeit die Finanzierung der Armee. Die Mittel für sie sollen erhöht werden, offen ist aber, wie genau. Ein Paket, das zehn Milliarden Franken für die Armee und fünf Milliarden für die Ukrainehilfe vorsah, ist auch von der FDP abgelehnt worden. Wie soll es weitergehen?
Angesichts der geopolitischen Lage müssen wir unsere Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen. Wir müssen riesige Versäumnisse aufholen, das braucht Geld. Diese Versäumnisse kann man aber nicht einfach auf die kommenden Generationen überwälzen. Wir sind der Auffassung, dass die nötigen Mittel im Bundeshaushalt bereitgestellt werden können, es geht um nicht mal zwei Prozent davon. In den letzten 30 Jahren sind gewisse Bereiche zulasten der Armee stark gewachsen, da gilt es zu korrigieren.

Zum Beispiel in der Entwicklungshilfe.
Es gibt dazu einen Entscheid des Ständerats: 50 Prozent in der internationalen Zusammenarbeit, 35 Prozent in anderen Bereichen wie dem Personal, und 15 Prozent in der Verwaltung der Armee selbst. Allgemein geht es nicht um Sparen im eigentlichen Sinn, sondern um ein Abbremsen der zusätzlichen Ausgaben. Denn wir haben nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem.

Wenn man in der internationalen Zusammenarbeit spart, spart man auch bei der Sicherheit. Investitionen in die Länder des globalen Südens können im Idealfall beispielsweise die Migration eindämmen.
Ich bin nicht gegen internationale Zusammenarbeit. Es geht nicht um Streichung, sondern lediglich um eine Kürzung. Nicht jede Ausgabe in diesem Bereich hat die notwendige Wirkung im Ziel. Wir geben jährlich knapp vier Milliarden Franken dafür aus. Gewisse Einsparungen tangieren da die Interessen der Schweiz nicht, höchstens jene von NGOs, die von diesen Geldern leben.

Wie stehen Sie zu einer allfälligen Erhöhung der Hilfe der Schweiz an die Ukraine? Im internationalen Vergleich leistet die Schweiz eher wenig.
Wir haben uns klar für eine Erhöhung ausgesprochen, man muss aber genau schauen, wofür diese Hilfe ist und zu welchem Zeitpunkt sie erfolgen soll. Die Schweiz leistet schon einiges, zum Beispiel im Bereich der Entminung.

Braucht die Schweiz also ein neues Verständnis ihrer Neutralität?
Neutralität ist nicht ein Selbstzweck. Ihr Zweck ist die Sicherheit unseres Landes. Wenn die Neutralität der Sicherheit unseres Landes im Weg steht, dann verliert sie ihren eigentlichen Sinn. Ich bin für die Neutralität, aber es muss möglich sein, in Sicherheitsbelangen mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Es muss auch möglich sein, optional mit der Nato zusammenzuarbeiten, ohne ihr beizutreten. Und Neutralität darf auch nicht bedeuten, dass wir uns den Sanktionen gegenüber einem klaren Aggressor nicht anschliessen. Denn das hätte potenziell erhebliche Nachteile für unser Land selbst.

Felix E. Müller, der frühere Chefredaktor der «NZZ am Sonntag», hat kürzlich in einem Essay ein Zusammengehen der FDP mit den Grünliberalen ins Spiel gebracht – nicht als Fusion, aber als Fraktionsgemeinschaft in der Bundesversammlung. Was sagen Sie dazu?
Er begründet diese Idee machtpolitisch, mit dem Anspruch auf zwei Bundesratssitze. Mir aber ist Machtpolitik weniger wichtig, lieber habe ich klare Positionen, welche die Wählerinnen und Wähler kennen. Wenn wir unser Profil schärfen wollen und gleichzeitig eine Fraktionsgemeinschaft mit der GLP bilden, dann torpedieren wir ja unsere Bemühungen. Überhaupt hat sich die GLP in den letzten Jahren stark nach links bewegt, und damit weg von der FDP.

Liberale Lösungsvorschläge scheinen aber gerade in unsicheren Zeiten weniger populär zu sein, die Bevölkerung wünscht lieber mehr Unterstützung, wenn man etwa an die Abstimmung zur 13. AHV-Rente denkt. Kann die FDP in einem solchen Umfeld ihr Profil schärfen und gleichzeitig mehr Menschen mitnehmen?
Ich respektiere den Entscheid zur 13. AHV-Rente. Aber bereits am darauffolgenden Abstimmungstag hat die Schweiz die Prämien-Entlastungsinitiative abgelehnt. Ich bin überzeugt: Das Fundament der Schweiz ist eine liberale Politik, also eine Politik der Hilfe für die wirklich Bedürftigen, aber auch der Selbstverantwortung. Das ist die Basis der Schweizerischen Erfolgsgeschichte. Letztlich kämpfen wir dafür, was aus unserer liberalen Sicht das Beste ist für unser Land. Wenn wir dafür Mehrheiten finden – umso besser. Wenn nicht – dann werfen wir deswegen nicht unsere Überzeugungen über Bord.

Sie sind Heavy-Metal-Fan, in Ihrem Kleiderschrank lagern Metallica-T-Shirts. Können Sie als FDP-Präsident noch an Metal-Konzerte gehen?
Durchaus. Letztes Jahr zum Beispiel war ich am Konzert von Iron Maiden. Es ist lustig und sympathisch, wie die Leute zum Teil reagieren – doch ich habe noch keine unfreundlichen Reaktionen erhalten. Und das ist ja das Schöne an der Schweiz: Auch als Parteipräsident ist man ein normaler Mensch.